

Grundsatzpapier der Grünen Hochschulgruppe Heidelberg (GHG)

Stand: 20.04.2017

Selbstverständnis

Wir von der Grünen Hochschulgruppe setzen uns für eine ökologische, nachhaltige und gerechte Universität ein. Wir beschäftigen uns inhaltlich mit „grünen“ Themen auf lokaler, landes- und bundespolitischer Ebene, arbeiten aber strukturell und organisatorisch unabhängig von politischen Parteien.

Wir wollen es allen Studierenden ermöglichen, an uns heranzutreten und über uns mit der Verfassten Studierendenschaft in Kontakt zu kommen. Unsere Treffen sind für alle offen.

Wir versprechen, einen aufgeschlossenen Raum für die (hochschul)politische Auseinandersetzung zu bieten, in welchem kein Platz ist für Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus, Sexismus, Homophobie, generell jegliche Diskriminierung und menschenverachtenden Fundamentalismus.

In erster Linie beschäftigen wir uns mit folgenden Themen:

Ökologische Universität

Universitäten als Orte, an denen gelehrt und geforscht wird, können eine zentrale Rolle bei der Transformation hin zur nachhaltigen Entwicklung spielen. Gerade die Universität Heidelberg, die sich Exzellenz auf die Fahne geschrieben hat, muss mit gutem Beispiel vorangehen und zeigen, dass Verantwortungsbewusstsein und Nachhaltigkeit heute essentiell sind. Der ganzheitliche Nachhaltigkeitsgedanke muss auf allen Ebenen der Universität, in der Lehre, der Forschung und dem Betrieb, z.B. durch Förderung unbefristeter Stelle, gelebt werden.

Dazu gehören der Bezug von Ökostrom, die Verwendung von Recyclingpapier (soweit das Ausdrucken wirklich nötig ist), die Begrünung von Dachflächen, aber auch die Wiederbelebung der Interdisziplinären Ergänzungsstudien Umweltwissenschaften, eines für alle Studierenden und Doktorand*innen belegbaren Studium Oecologicum, das bereits 1996 eingeführt wurde, inzwischen aber nicht mehr angeboten wird.

Selbstbestimmtes Studium

An einer Universität soll man nicht nur neues Fachwissen anhäufen, sondern auch lernen, eigenverantwortlich und selbstbestimmt zu arbeiten und Vorgegebenes kritisch zu hinterfragen. Das Studium als prägender Lebensabschnitt soll zur Entwicklung der Persönlichkeit beitragen. Neben dem eigentlichen Studium geschieht dies durch vielfältiges soziales, ehrenamtliches sowie fachlich-akademisches Engagement. Viele Prüfungsordnungen von Studiengängen stellen sich jedoch nach der Bolognareform als starre Pflichtvorgaben dar, die keinen Platz für spezielle Vertiefungsinteressen und Nebentätigkeiten lassen. Soweit möglich fordern wir die Abschaffung von Anwesenheitspflichten und möglichst große Wahlfreiheit bei der Belegung von Lehrveranstaltungen. Um möglichst selbstbestimmt studieren zu können, brauchen Studierende 24/7 geöffnete Arbeits- und Lernräume

Im selben Sinne setzen wir uns dafür ein, die Höchststudiendauer und Zwangsexmatrikulation nach Überschreitung der Regelstudiendauer abzuschaffen. Diese Regelungen sind repressiv und passen nicht in unser Bildungsverständnis eines lebenslangen Lernprozesses.

Soziale und Geschlechtergerechtigkeit

Wir setzen uns dafür ein, eine sozial gerechte und barrierefreie Uni zu schaffen, zu der alle Zugang haben sollen. Unabhängig von Geschlecht, Alter, ethnischer Zugehörigkeit, sexueller Orientierung/Identität, physischem Zustand oder sozialem Hintergrund muss Teilhabe auf allen Ebenen des Unilebens ohne Einschränkungen möglich sein. Studium, Lehre, Forschung, ehrenamtliches Engagement und sonstige Aktivitätsfelder an unserer Uni müssen diesen Ansprüchen gerecht werden. Uni kann nur erfolgreich sein, wenn Inklusion aktiv gelebt wird und niemand - auch unwillentlich - ausgeschlossen oder abgeschreckt wird.

Unser Ziel ist es auch, dass alle öffentlich zugänglichen Textdokumente der Universität (z.B. Prüfungsordnungen, Webseiten, etc.) und der Verfassten Studierendenschaft in geschlechtergerechter Sprache abgefasst werden. Wir erkennen die gesellschaftliche Realität an, dass an der Hochschule gezielt Frauenförderung betrieben werden muss, da in der akademischen wie auch in der studentischen Selbstverwaltung ein massives Ungleichgewicht vorherrscht. Daher verfolgen wir achtsam die Vergabe von Professuren im Senat.

Unsere Wahlkampflisten stellen wir quotiert auf, um den gesellschaftlich-kulturell bedingten Geschlechternormen entgegenzuwirken.

Neben der Geschlechtergerechtigkeit spielt besonders die soziale Gerechtigkeit für uns eine wichtige Rolle, denn durch soziale Ungleichheiten werden Menschen von der Aufnahme eines Studiums und der Partizipation an ehrenamtlichen Tätigkeit ausgeschlossen.

Das bedeutet für uns eine kategorische Ablehnung von allen, auch versteckten Studiengebühren, wie z.B. dem Verwaltungskostenbeitrag. Diese wirken immer sozial selektiv und schränken den Zugang zu weiterführender Bildung ein. Zugang zu Bildung ist ein Menschenrecht, das auch gewahrt bleiben soll. Wir treten für die Abschaffung ungerechter Zugangsvoraussetzungen an der Universität ein, da wir eine offene Hochschule gestalten wollen und Menschen nicht von höherer Bildung ausschließen möchten.

Des Weiteren fordern wir, dass mehr bezahlbarer Wohnraum bereitgestellt wird und auch der inklusive Wohnbau gefördert wird.

Ökologische Mensa

Obwohl das Studierendenwerk bereits teilweise ökologisches Essen und fair gehandelte Produkte anbietet, ist hier noch viel zu tun. Es wäre auch wichtig, zusätzlich zu der lediglich einmal im Semester stattfindenden Vegan Taste Week dauerhaft gute, abwechslungsreiche vegetarische und vegane Gerichte in allen Mensen anzubieten.

Grundsätzlich sollten regionale, saisonale und ökologisch produzierte Lebensmittel, die fair gehandelt werden, das Essensangebot der Mensen bestimmen. Gerade tierische Produkte sollen mindestens das EU-Bio-Siegel aufweisen, Fisch soll mindestens MSC zertifiziert sein.

Des Weiteren ist es dringend notwendig, dass das Studierendenwerk für Allergiker*innen und Menschen mit Lebensmittelunverträglichkeiten transparent darstellt, was in den angebotenen Speisen enthalten ist.

Auch in Sachen Einweg(kaffee)becher sind wir aktiv: wir wirken darauf hin, dass das Studierendenwerk die Papp- und Plastik-to-go-Becher abschafft und ein Pfandsystem aus nachhaltig produzierten Mehrwegbechern einführt, die Ressourcen schonen und Müll vermeiden.

Zivilklausel

Die Universität sollte sich dazu verpflichten, keine militärischen Forschungsaufträge, also Forschungsprojekte mit zweckgebundenen Drittmitteln, anzunehmen. Selbstverständlich darf die Forschungsfreiheit an sich nicht eingeschränkt werden; gezielte militärische Forschung lehnen wir jedoch ab.

Tierversuche

Auch das Thema Tierversuche an der Universität beschäftigt uns; hier wollen wir darauf hinarbeiten, dass Tierversuche soweit irgendwie möglich ersetzt werden. Wir treten für einen respektvollen Umgang mit Lebewesen, auch im wissenschaftlichen Betrieb, ein.

Hochschulfinanzierung

Die Hochschulfinanzierung in Baden-Württemberg ist nach zahlreichen Reformen und Umstellungen in den letzten Jahrzehnten ein einziger, chaotischer Flickenteppich. Es fehlt an allen Enden an Geld und Unterstützung. Wir fordern daher eine ausfinanzierte Hochschule und echte Mitbestimmung der Studierenden über einen Teil der Gelder. Das Überleben einzelner Studiengänge darf nicht von ihrem Abschneiden im CHE-Ranking oder der Fähigkeit, Drittmittelanträge zu schreiben, abhängen.

Studentische Mitbestimmung stärken - Viertelparität im Senat

Studierende haben im wichtigsten Gremium der universitären Selbstverwaltung, dem Senat, eine erschreckend niedrige Mitbestimmungsmöglichkeit. Bei lediglich vier studentischen Mitgliedern ist keine angemessene Vertretung gewährleistet. Wir unterstützen daher die Forderung einer viertelparitätischen Besetzung des Senats (ein Viertel Professor*innen, ein Viertel Mitarbeiter*innen aus der Wissenschaft, ein Viertel Mitarbeiter*innen aus Administration und Technik und ein Viertel Studierende).

Studentische Mobilität

Die Befragungen und Abstimmungen der letzten Jahre unter Studierenden haben verdeutlicht, dass die Studierenden ein Semesterticket wollen, mit dem existierendes Angebot hinsichtlich Preis und Abdeckung aber nicht zufrieden sind. Wir stehen daher für ein bezahlbares Semesterticket mit landesweitem Geltungsbereich inklusive größerer Städte in den Grenzregionen.

In Heidelberg liegt verkehrstechnisch vieles im Argen, gerade für Fahrradfahrer*innen läuft es nicht optimal. Die Verkehrsführung ist stellenweise aufwendig und erfordert von Fahrradfahrer*innen große Umwege, wenn sie nicht gegen die StVO verstoßen wollen. Es gibt zu viele und zu ungünstig geschaltete Ampeln, die einen flüssigen Radverkehr unmöglich machen. Hier besteht enormer Handlungsbedarf, auf den die Stadt reagieren muss.

Drogenpolitik

Die Grüne Hochschulgruppe Heidelberg steht für eine Liberalisierung der bisherigen restriktiven Drogenpolitik. Die Strategie der Prohibition ist weltweit gescheitert. Um ein allgemeines Umdenken in Gang zu setzen, sollten lokal einige Modellprojekte, wie zum Beispiel Cannabis Social Clubs, gestartet werden.